

**Rede des Parl. Staatssekretärs Dr. Kues
anlässlich des
Forums „Christ und Politik“
am 30. März 2006 in Berlin
zum Thema
„Familie auf dem Prüfstand der
politischen Gestaltung“**

Sehr geehrter Herr Strauch (1. Vorsitzender
DEA),

sehr geehrter Herr Dr. Borchard (Abteilungs-
leiter KAS)

sehr geehrter Herr Steeb (Generalsekretär
DEA)

sehr geehrte Mitglieder des Bundestages
und der Landtage,

sehr geehrte Damen und Herren,

Dank für die Einladung.

Dank für die Möglichkeit, mit Ihnen über un-
sere gemeinsame Verantwortung für die Zu-
kunft unseres Landes zu sprechen.

1. Geht es um die Zukunft, können wir die Perspektiven auf einen Nenner bringen:

Wir brauchen mehr Kinder in den Familien und wir brauchen mehr Familie und ihre Werte in der Gesellschaft.

Familien sind die soziale Mitte der Gesellschaft.

Familien sind der ursprüngliche Ort der Alltagssolidarität.

Die meisten Menschen wünschen sich eine Familie und leben gern in Familie.

Es ist ein durchgehendes Ergebnis der **Shell-Jugendstudien**, dass die Familie in den Lebenswünschen junger Menschen absolute Priorität genießt.

Selbst wenn die realen Aussichten auf verlässliche Partnerschaft und Kinder eher skeptisch eingeschätzt werden, ist die traditionelle Familie doch ein Leitbild, das Jugendliche durchweg anderen Lebensentwürfen vorziehen.

Das heißt: "Familie" muss den Menschen nicht erst nahe gebracht werden. Allerdings brauchen sie Ermutigung, um sie zu realisieren.

Unserem **Bundespräsidenten Köhler** ist zuzustimmen „Familie ist das Fundament für unser aller Zusammenleben“

(Rede am 18. Januar, Evang. Akademie Tutzing):

sie ist wichtig:

- für den Zusammenhalt der Gesellschaft
- Fürsorge, Zuwendung, Verantwortung für andere

- Fähigkeit zu verlässlichen Bindungen
 - Kindern werden Wissen und Fähigkeiten auf den Weg gegeben
- Zusammenhalt der Generationen

Familie schafft Werte und gibt Werte weiter.

Leistungen von Familien für den Einzelnen und für die Gesellschaft können nicht hoch genug bewertet werden.

Deshalb ist es nicht nur Privatsache, ob Familien entstehen können und wie es ihnen geht. Es gibt eine gemeinsame Verantwortung.

2. Einige Fakten

80 % der Menschen in Deutschland sind davon überzeugt, dass sie sich in schwierigen Zeiten auf ihre Familie verlassen können.

85 % aller Kinder wachsen bei ihren zusammen lebenden Eltern auf, also in der eher klassischen Familienform.

Familie ist vital und passt sich an.

Familie, auch Ehe und das dauerhafte Zusammenleben von Eltern und Kindern, ist ein Erfolgsmodell.

Aber gleichzeitig scheint Familie in unserer Gesellschaft nicht ausreichend Unterstützung zu erfahren:

Es werden immer weniger Kinder geboren: Gegenwärtig liegt die Geburtenrate bei 1,36, 2005 wurden nur noch 676 000 Kinder geboren (Minus von über 4% gegenüber dem Vorjahr);

26% der Frauen des Jahrgangs 1960 sind heute kinderlos;
von den heute 40-jährigen werden in Westdeutschland voraussichtlich ca. 30 % kinderlos bleiben;
44 % der weiblichen und 58 % der männlichen Akademiker bleiben zeitlebens kinderlos.

Wir sind das Land mit dem höchsten Prozentsatz kinderloser Paare: fast ein Drittel bekommt keine Kinder mehr.

Das Alter, in dem Frauen im Durchschnitt das erste Kind bekommen, liegt bei knapp 30 Jahren;

in diesem Alter sind ca. 85 % der Frauen erwerbstätig.

Mehr Männer als Frauen schließen Kinder in ihrem Leben grundsätzlich aus.

Die Konsequenzen der in Deutschland extrem niedrigen Geburtenrate werden in der öffentlichen Diskussion oft unterschätzt bzw. relativiert.

Tatsächlich würden, wie manchmal plakativ formuliert wird, "die Deutschen aussterben", wenn es dauerhaft bei einer Geburtenrate unter 2 bliebe.

Es ist nicht plausibel, von künftigen (ohnein schon geburtenschwachen) Jahrgängen eine

überproportional hohe Generativität zu erwarten.

Die absehbaren volkswirtschaftlichen Folgen hat **Prof. Paul Kirchhof** neulich einmal so skizziert:

„Unter der niedrigen Geburtenrate leiden heute die Produzenten von Babynahrung, in fünf Jahren die Fahrradhersteller, in 20 Jahren die Autoindustrie und in 30 Jahren die Immobilienmakler“.

– Es ist also zwingend für die Familienpolitik, den **Schwerpunkt der Förderung auf die Gründungsphase** der Familie zu legen.

Eine Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen im Januar hat ergeben:

73% der Befragten meinen, in Deutschland wird zu wenig für Familien getan,

Jede(r) zweite Befragte ist mit den Möglichkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren, unzufrieden.

3. Ob eine Gesellschaft kinderfreundlich oder ob sie kindervergessen ist, sich an ein Leben ohne Kinder gewöhnt, ist zunächst nicht eine Anfrage an die Politik. Politik stößt hier an Grenzen.

Es ist nicht eine Anfrage unserer Wertvorstellungen, an unsere Einstellung, an unsere Überzeugung.

Kinder bekommt man nicht wegen des Kindergeldes, des Elterngeldes oder des Betreuungsangebotes. Das wäre eine zu mechanische oder technische Sicht.

Kinder bekommt man, weil es Ausdruck von Liebe und Menschenwürde ist, Leben weitergeben zu wollen.

Jeder von uns hat Familie, lebt in Familie, die Frage ist nur, ob ich das Glück habe oder erkenne, auch in Verbindung mit einer nachfolgenden Generation leben zu können. Wertvorstellungen, Leitbilder, hier sind auch die großen Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften gefordert.

4. Wirksamkeit familienpolitischer Leistungen im Vergleich

Deutschland steht – was die finanzielle Unterstützung von Familien angeht – im internationalen Vergleich auf einem der vorderen Plätze.

Die Leistungen kommen jedoch vielfach nicht zur richtigen Zeit dort an, wo junge Frauen und Männer Entscheidungen für oder gegen Kinder treffen.

Auch in anderen modernen Ländern hat die Kinderzahl abgenommen, aber einigen Ländern ist es gelungen, dass die Kinderzahl stabil bleibt oder sogar wieder leicht zunimmt.

In Frankreich, Island, Dänemark, Schweden, Finnland, Norwegen, Kanada, Australien, die USA

- werden mehr Kinder als bei uns geboren,

- sie haben eine geringere Familienarmut,
- geringere Arbeitslosigkeit,
- höheres Wirtschaftswachstum
- eine höhere Erwerbsquote von Männern und Frauen,
- auch von Müttern und Vätern,
- die Kinder schneiden im Bildungsvergleich besser ab

5. Familie steht im Mittelpunkt der zukunftsorientierten Familienpolitik

Wir müssen Familienpolitik erneuern, um Familie zu bewahren.

Das ist eine konservative und gleichzeitig sehr moderne Perspektive.

Zitat **Ministerin**:

„Die kostbare Balance zwischen Emanzipation und Hingabe, zwischen Selbstverwirklichung und Solidarität, zwischen Rechten und Pflichten ist nicht Gott gegeben, sie muss täglich erneuert werden; wir müssen die politischen Rahmenbedingungen so än-

dern, dass wir dieses Gleichgewicht bewahren. “

(Rede vor dem Deutschen Verein am
8.12.05)

Politik für Familien muss sich an den veränderten Wünschen und Lebensvorstellungen junger Menschen orientieren,

Insbesondere die Lebensentwürfe junger Frauen haben sich geändert, die meisten von ihnen wollen heute beides:
einen Beruf, der ihnen Erfüllung und Unabhängigkeit gibt, und eine Familie.

Wir müssen deshalb verstärkt darüber nachdenken, wie Lebensläufe aussehen können, die Ausbildung, Familie, Beruf leichter verbinden lassen.

Die Wirtschaft setzt auf den voll leistungsfähigen, gut ausgebildeten Erwerbstätigen im mittleren Alter. Sie hat neben dem „Mann in den besten Jahren“ längst auch die „Frau in den besten Jahren“ als Arbeitnehmerin

entdeckt und entzieht – je nach Bedarf – die Vitalität der mittleren Jahre „aus anderen Lebenssphären, insbesondere aus der Familie“. Karl Otto Hondrich beschreibt so, ähnlich wie Bertram, was wir alle mehr oder weniger deutlich spüren:

die starke Konzentration auf die Leistungskraft der mittleren Jahre ist nicht ein Problem für die Berufswelt, sondern es ist ein Problem für die Familie: „ein Problem der Beziehungsbelastungen. In der Lebensmitte müssten Eheleute es einander recht machen, dazu ihren Arbeitgebern, Kollegen, Kunden und natürlich ihren Kindern und Eltern“.

Die Radikalkur, sich von der Doppel- und Dreifachbelastungen der mittleren Jahre zu befreien, hat allerdings nicht lange auf sich warten lassen: immer weniger Menschen entscheiden sich für Kinder. Subjektiv ist diese Entscheidung oft mit Verzicht und Verlust verbunden, objektiv ist sie eine Entlastungsentscheidung.

Sie entlastet, indem sie eine zentrale Sphäre der mittleren Jahre, die Elternschaft, einfach wegschneidet. Entsprechend können andere Sphären, insbesondere der Beruf, Raum gewinnen. Aber die Erfolgreichen der mittleren Jahre zahlen nicht selten einen hohen Preis und geringe soziale Bindungen, besonders im Alter. Unabhängig von den Problemen, die dauerhaft niedrige Geburtenraten für die Systeme der sozialen Sicherung darstellen, büßt daher eine Gesellschaft, die massenhaft Kinderlosigkeit als Ausweg aus der Überforderung der mittleren Jahre akzeptiert, mit den verlorenen Jahren für die Familie in kürzester Zeit Vitalität, soziale Wärme und Zukunft ein.

Erforderlich sind neue Wege, wir müssen Abschied nehmen von Konzepten von gestern, die keine ausreichenden Antworten auf die Herausforderungen von heute und morgen geben können.

Wir wollen eine Familiengründung wieder für mehr junge Menschen attraktiv machen und

mit und durch Familien den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken.

Wir wollen dafür sorgen, dass wieder mehr Kinder geboren werden und dass alle Kinder von Anfang an ihre Fähigkeiten und Talente optimal entwickeln können.

Politik für Familien ist ein Handlungsfeld, in dem Weichen gestellt werden für die Zukunft unseres Landes:

- für die Erfüllung von Lebenswünschen der Mehrheit der Menschen, aber auch
- für nachhaltigen Wohlstand und Wohlfahrt,
- für ökonomisches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit,
- für Innovation und Entwicklungschancen

Eltern brauchen drei Dinge:

Einkommen, Infrastrukturen und Zeit.

Zielgenaue finanzielle Leistungen für Familien – wie z.B. Elterngeld und Steuervorteile – allein führen weder zu einer höheren Gebur-

tenrate noch zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Notwendig ist -neben einem Mentalitäts- und Bewusstseinswandel- eine Korrektur der Einstellungen, das Zusammenspiel von wirksamer finanzieller Förderung, verbesserter Kinderbetreuung und mehr Zeit für Familien.

Damit geben wir das Signal: uns ist es nicht gleichgültig, ob sich Frauen und Männer für Kinder entscheiden.

Drei Schwerpunkte der Politik:

Erstens, junge Menschen sollen am Anfang finanziell mehr Anerkennung erfahren, damit sie Mut zum Kind haben können.

Zweitens, frühe Förderung für alle Kinder, insbesondere für die, die auf der Schattenseite des Lebens geboren werden.

Drittens wollen wir den Zusammenhalt der Generationen stärken.

(Hinweis Ministerium für Familie, Generationen und Gleichstellung)

6. Bessere finanzielle Anerkennung von Familien

Familien brauchen die Gewissheit, dass sie für sich und für ihre Kinder aufkommen können. Es geht darum,

- auch in einer modernen Gesellschaft und in einer flexiblen Arbeitswelt die Leistungsfähigkeit und Eigenverantwortung der Familien zu bewahren und
- die Gerechtigkeit zu wahren zwischen denen, die Kinder erziehen, und denen, die das nicht tun.

Wichtiges Vorhaben der Bundesregierung ist das einkommensabhängige **Elterngeld** ab 2007, das unser derzeitiges Erziehungsgeld ablösen wird.

Eltern erhalten 67 Prozent des vorherigen Nettoerwerbseinkommens bis zur Höchstgrenze von 1.800 Euro. Grundlage ist das Einkommen des Elternteils, der für die Betreuung des Kindes da sein wird.

Von dem geplanten Elterngeld sollen möglichst viele Familien profitieren.

Für Familien mit nur einem erwerbstätigen Elternteil ist deshalb eine Mindestleistung vorgesehen.

Beziehen können es alle erwerbstätigen Eltern, auch Selbständige, während des gesamten ersten Lebensjahres des Kindes.

Anspruch auf eine maximal dreijährige Elternzeit mit Teilzeitanspruch und Jobgarantie bleibt erhalten.

Sowohl Müttern als auch Vätern soll Elternzeit erleichtert werden:

zehn Monate ist es deshalb den Eltern freigestellt, wie sie die Elternzeit aufteilen, ob und in welchem Maße sie erwerbstätig sind, zwei Monate sind zusätzlich für den anderen reserviert.

Das Elterngeld fördert:

die Väterverantwortung für Kindererziehung, die Verankerung der Mütter im Berufsleben. Familienzeit steht nicht länger im Gegensatz zur Erwerbstätigkeit.

Erziehungsleistungen der Eltern werden honoriert, sie werden zu dem Zeitpunkt unterstützt, wo sie die finanzielle Absicherung besonders benötigen.

Es kann verhindert werden, dass es gerade dann zu einem Einbruch des Familieneinkommens kommt, wenn die Familie wächst.

Das Elterngeld soll insbesondere auch Väter ansprechen und sie ermutigen, Elternzeit verantwortlich wahrzunehmen.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass es ein entscheidender Schritt nach vorn wäre, wenn das gelänge.

Denn bislang sind gerade im Milieu der "**neuen Performer**", die ansonsten abgeschlossen für den gesellschaftlichen Wandel sind, die Frauen weitgehend mit der Doppelbelastung Beruf und Familie allein gelassen.

Das Elterngeld erhält breite Unterstützung: Bundespräsident **Köhler** (18.1.6 in Tutzing): „Ein Elterngeld und die verbesserte steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten weisen in die richtige Richtung.“

Unterstützung für ein Elterngeld auch von zwei Dritteln der Bevölkerung und von 85 Prozent der jungen Eltern; und von der Wirtschaft, den Gewerkschaften, der Mehrzahl der Familienverbände und mehrheitlich von Seiten der Wissenschaft.

7. Kinderbetreuung

Elterngeld, verbesserte steuerliche Absetzung von Kinderbetreuungskosten und Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige gehören zusammen.

In beiden großen Kirchen gibt es ein **Miss-
trauen gegenüber Ganztagschulen und
Ganztagsbetreuung** aus dem berechtigten Anliegen heraus, die Erziehungskompetenz der Eltern nicht zu beschränken.

Auch der katholische Bischof von Trier, Reinhard Marx, hat neulich noch einmal darauf hingewiesen, dass hier letztlich der Staat Aufgaben übernimmt, die ursprünglich in die Familie gehören.

Auf der anderen Seite müssen wir der Tatsache Rechnung tragen, dass viele Eltern überfordert und im Tagesablauf wenig präsent sind.

Durch die Beteiligung der Eltern am Schulleben, wie es z.B. in angelsächsischen Ländern üblich ist, ließe sich das Problem sicher entschärfen.

Wir brauchen Bildungs- und Erziehungspartnerschaften zwischen Lehrern, Erzieherinnen und Eltern.

Bei der Verbesserung der Betreuungsangebote für die 0 – 3-Jährigen kommt es auf Kreativität und den Mut an, neue Wege zu gehen.

Der Landkreis **Emsland**, aus dem ich komme, baut die Kinderbetreuung rund um die bestehenden Kindertagesstätten in „**Familien-servicezentren**“ aus, die auch samstags oder wochentags abends geöffnet sind und bei denen Haupt- und Ehrenamtlichkeit vernetzt werden.

Das Ziel ist: Jederzeit in erreichbarer ein gutes Betreuungsangebot, auf das flexibel zurückgegriffen werden kann, ohne Formalitäten und lange Anmeldeprozeduren. Das ist ein ganz starkes Signal für Familienfreundlichkeit.

8. Für die stärkere Vereinbarkeit von Elternschaft und beruflicher Laufbahn können die beiden großen Kirchen in Deutschland in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber viel tun. Dabei geht es um Initiativen zur produktiven Ausgestaltung der Elternzeit (Kontakt- und Fortbildungsmöglichkeiten) und zur **"gestreckten" Laufbahnplanung**.

Wir brauchen Modelle dafür, dass berufliches Fortkommen gezielt trotz – oder sogar wegen – einer längeren Elternzeit ermöglicht wird.

Familienpolitik kann auf all diesen Gebieten nur begrenzt tätig werden:

Während es ihre Aufgabe ist, die "harten" politischen Rahmenbedingungen für eine familienfreundliche Gesellschaft zu verbessern, liegt es an den großen gesellschaftlichen Gruppen, das **Lebensgefühl der Menschen und ihr Wertebewußtsein** zu beeinflussen.

Vor 20 Jahren galt die Formel "**double income, no kids**" im Westen Deutschlands als chic. Im Sog der Überzeugung, dass man nur "etwas werden kann", wenn man auf Kinder verzichtet, haben viele Paare auch auf ein elementares Lebensglück mit Kindern verzichtet.

Wir müssen als Gesellschaft überlegen, ob wir diesen Chic weiter pflegen möchten.

9. Frühwarnsystem für die Kinder auf der Schattenseite

In unserem Land werden wenige Kinder geboren. Kein Kind darf verloren gehen.

Die meisten Eltern kommen gut mit ihren Kindern zurecht.

Aber die Gesellschaft ist dort gefordert, wo Kinder vernachlässigt werden, wo sie am Lebensanfang verkümmern, weil sie gar keine Chance bekommen, ihre Potentiale zu entfalten.

Zu viele Kinder wachsen allein auf sich gestellt auf, wo Langzeitarbeitslosigkeit, Gewalt und Alkohol, Armut oder mangelnde soziale Integration den Alltag bestimmen.

Am Anfang kommt es vor allem auf verlässliche Beziehungen und Strukturen im Alltag an, damit ein Kind neugierig, vertrauensvoll und unternehmenslustig in die Welt hinausgehen kann.

Wenn Eltern hoffnungslos überfordert sind, müssen wir Hilfe früh in die Familien bringen.

Wir werden dazu ein **Frühwarnsystem** schaffen,

ein Netzwerk der verlässlichen Hilfe, das am Lebensanfang zum Tragen kommt, ein Netz aus Hebammen, Kliniken, Ärztinnen, Ärzten und der Kinder- und Jugendhilfe rund um die Familie.

Die Erfahrungen vieler Kommunen, von Verbänden und Initiativen mit ähnlichen Netzen und guten Lösungen werden aufgegriffen.

Hervorragendes Beispiel sind beide großen Kirchen:

Sie haben ein System von Beratungsstellen, Familienbildungseinrichtungen und informellen Begegnungsräumen für junge Familien geschaffen, das eine wichtige präventive Funktion übernimmt.

Junge Eltern können den belastenden Erziehungsalltag leichter bestehen, wenn es das gemeindenahe Netz solcher Einrichtungen gibt.

Im Grunde ersetzen sie, was früher durch die funktionierende Nachbarschaft geleistet wurde.

Wir müssen darauf achten, dass die Kirchen nicht heute unter erschwerten finanziellen Rahmenbedingungen diese Dienste zurückfahren oder einstellen.

Beunruhigende erste Schritte in diese Richtung gibt es bereits.

10. Bündnis für Erziehung

Alle Kinder brauchen ein solides Fundament von Werten und Tugenden, das ihrem Leben Sicherheit und Richtung gibt.

Die Werteerziehung unserer Kinder ist eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft.

Frühe Förderung der Kinder heißt vor allem auch: Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern

Die beiden großen Kirchen stellen sich dieser Aufgabe.

Gemeinsam mit ihren Wohlfahrts- und Fachverbänden

sowie Experten und Expertinnen haben sie sich zu einem „Bündnis für Erziehung“ zusammengeschlossen, auf Initiative des Bundesfamilienministeriums

Ziel des Bündnisses ist es, die wertorientierte und religiöse Erziehung unserer Kinder zu verbessern

und

die Kompetenzen all jener zu stärken, die in diesem Bereich Verantwortung tragen.

11. Wir brauchen ein neues Miteinander der Generationen.

Familien werden „bunter“, von der Kinderzahl her kleiner und im Lebensalltag mobiler. In vielen Familien leben so viele Generationen wie nie zuvor – künftig werden es häufig vier Generationen sein.

Die Großfamilie verschwindet, ein wachsender Teil der Menschen lebt nicht mehr in Familien. Damit verschwinden aber auch informelle Netzwerke, Alltagskompetenzen und Erziehungswissen werden nicht mehr von selbst in Familien und außerhalb von ihnen weitergegeben.

Gleichzeitig gilt:

Die Zahl der älteren Menschen in unserem Land wächst.

Das kann auch eine große Chance sein, wenn wir es klug angehen, denn noch nie waren ältere Menschen so gut ausgebildet und so gesund wie heute.

Sie können Zeit und Erfahrungswissen geben, aber wir haben paradoxerweise kaum Nachfrage danach.

Stattdessen wird Einsamkeit immer mehr zum Altersproblem.

Aufgabe der Politik ist es deshalb, einladende Angebote zu machen und Gelegenheitsstrukturen zu schaffen, damit sich mehr ältere Menschen gerne einbringen in ehrenamtliche oder bürgerschaftliche Aktivitäten.

Mit Mehrgenerationenhäusern wollen wir das Prinzip und das soziale Kapital der Großfamilie wieder entdecken, aber in moderner Form.

Mehrgenerationenhäuser bündeln verschiedene Angebote unter einem Dach,

damit die Generationen sich im Alltag aktiv begegnen,

damit die Hilfe zur Selbsthilfe wächst und Alltagssolidaritäten zwischen den Generationen wieder mehr Raum finden.

Das, was vor Ort lebt, soll verbunden werden.

Unser Ziel ist es, in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt in Deutschland ein Mehrgenerationenhaus zu schaffen, das in die Kommune und in die Region ausstrahlt.

12. Den Vätern und Müttern der sozialen Marktwirtschaft (Bonhoeffer-Kreis-Freiburg) waren **zwei Aufgabefelder** wichtig:

- a) Organisation von Wirtschaft und Arbeit;
- b) Voraussetzungen, um gleichzeitig Familie und Werte leben zu können.

Lange haben wir verdrängt, dass das zweite Aufgabefeld von uns mindestens gleichrangige Anstrengungen verdient hat.